

**Zeitschrift:** Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 87 (2009)  
**Heft:** 1

**Artikel:** Zurück in die Zukunft oder vorwärts in die Vergangenheit?  
**Autor:** Blaser, Markus  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-342156>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 12.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Zurück in die Zukunft oder vorwärts in die Vergangenheit?

Markus Blaser

**P. M.: Neustart Schweiz. So geht es weiter. Solothurn: Edition Zeitpunkt 2008. 92 S., CHF 18.70.**

Ein guter Freund meinte kürzlich, die Finanzkrise werde die Welt nachhaltiger verändern als die Französische Revolution. In der Tat ist das, was sich seit Monaten im Banken- und Finanzsektor abspielt und gravierende Auswirkungen auf Realwirtschaft und Gesellschaft hat, nicht mehr als Erdbeben zu beschreiben, sondern als tektonischer Bruch, bei dem kein Stein mehr auf dem anderen bleibt. Wenn US-Präsident Barack Obama die Managerlöhne bei 500 000 Dollar begrenzen und die Reichen stärker besteuern will, um die Gesundheitsversorgung der Armen zu finanzieren, bringt er für lange Zeit Unsagbares zur Sprache und öffnet einen Ausgang aus dem Irrgarten der neoliberalen Verheissungen.

Deutlich weniger klar ist allerdings, was uns jenseits dieses Ausgangs erwartet. Die Linke war schon immer stärker im Analysieren und Dekonstruieren der gegebenen Herrschaftsstrukturen als im Formulieren und Realisieren überzeugender Gegenmodelle. Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus hielt es die Sozialdemokratie schliesslich nicht mehr für nötig, das entstandene ideologische Vakuum mit eigener Programmatik zu füllen. Sie beschränkte sich auf einen diffusen «Dritten Weg», der vor allem «new» sein und auf dem man «nicht alles anders, aber besser» machen wollte, aber nicht mehr auf die «Überwindung des Kapitalismus» zielte. Nein, die letzten 20 Jahre waren definitiv nicht die Zeit der grossen Würfe – wer von solchen zu träumen wagte, wurde eher mitleidig belächelt.

Es braucht deshalb eine gehörige Portion Mut, genau einen solchen Wurf wieder zu wagen und ein konkretes alternatives Gesellschaftsmodell zu skizzieren. Genau dies tut der Zürcher Kultautor P. M., der Anfang der 1980er Jahre mit «bolo'bolo» bekannt wurde und nun sein Konzept für einen «Neustart» der Schweiz vorstellt. Bei aller Kritik (die folgen wird), muss vorausgeschickt werden, dass allein schon das Risiko, wieder «anders an die Dinge heranzugehen», Anerkennung verdient. Es entreisst uns der technokratischen Logik der Sachzwänge und lässt uns den politischen Handlungsspielraum zurückgewinnen, der für wirkliche Veränderungen so dringend notwendig ist.

Wie also sieht die Gesellschaft der Zukunft bei P. M. aus? Sie ist ein zwiebelschalenförmiges System von sechs konzentrischen Kreisen bzw. «sozialen Modulen». Den Kern bilden «Nachbarschaften», bestehend aus etwa 500 Bewohnern und ergänzt um je einen Landwirtschaftsbetrieb von 80 Hektar. Um diese schliessen sich «kooperative Quartiere» oder Kleinstädte mit 10–20 000 Menschen, die ihrerseits in «agroubane Regionen» von 100 000 bis mehreren Millionen Personen eingebunden sind. Diese gehören zu «autonomen Territorien» von 5–10 Mio. Einwohnern und rund 50 000 km<sup>2</sup> Fläche, welche in «subkontinentalen Kooperationsgebieten» (z. B. Europa) mit anderen Territorien zusammenarbeiten. Über allem wölbt sich eine «planetarische Organisation» für Ressourcenverteilung und Katastrophenhilfe.

Die Nachbarschaften nehmen im Modell nicht zufällig den zentralen Platz ein. Ihnen kommt die entscheidende Rolle zu, um eine ökologisch nachhaltige Lebensweise möglichst ohne Komforteinbussen und sozialverträglich zu ermöglichen. Die räumliche Nähe soll ebenso den Verkehr reduzieren wie es erleichtern, sich mit anderen zu treffen. Die Nachbarschaft soll traditionelle Formen der Vergesellschaftung wie Familie, Sippe, Stämme, Dörfer etc. ersetzen und wie diese die Mitglieder vor dem Armutsrisiko schützen. In ihr soll es durch Synergien (z. B. gemeinsam genutzte Maschinen oder Autos) möglich werden, mit 1000 Watt pro Kopf Energieverbrauch zu leben. Ihre gemeinschaftliche Organisation spart Hausarbeit, und was übrig bleibt, muss von allen mit einem flexibel gestaltbaren Pflanzeinsatz von 100–200 Stunden pro Jahr geleistet werden. Jede Nachbarschaft wird ergänzt um einen benachbarten Landwirtschaftsbetrieb, der etwa 80 Prozent der nötigen Versorgung mit Bio-Produkten abdeckt; der Rest kommt von einem «ergänzenden Grossverteiler». Alle leisten in den noch etwa 14 000 «Agrozentren» Gratis-Landeinsätze.

Erinnern die Nachbarschaften in gewisser Weise an etwas gross geratene 68er Kommunen. Es geht P. M. denn auch um Selbstversorgung, Selbstorganisation, Autonomie – aber nicht um Autarkie, denn die Nachbarschaften sind ja in übergeordnete Strukturen eingebunden.

Die nächste Ebene der Stadtquartiere oder Kleinstädte bildet denn auch die eigentliche «politische Basis des Territoriums» (S. 57). In den von heute über 3000 auf 500 reduzierten «Basisgemeinden» gibt es einen Gemeinderat und verschiedene Infrastrukturen wie beispielsweise einen Platz, auf dem P. M. die antike Polis wiederbeleben möchte. Hier sollen sich die Menschen nicht als Nachbarn, sondern als Bürgerinnen zur freien Assoziation treffen.

Anstelle der heutigen 26 Kantone soll es zwischen den Basisgemeinden und der Territoriumsebene noch sieben agro-urbane Regionen oder «Metropolen» geben. Diese dienen unter anderem als Wahlkreise für die Bestellung eines 500-köpfigen «Territorialrats», der National- und Ständerat ablöst und dessen Mitglieder auch die etwa 70-köpfigen Regionalräte bilden. Auf eine Basisgemeinde kommt so wenigstens ein Abgeordneter, denn sie kann nach der Wahl auch mehrere «adoptieren».

Während verschiedene Funktionen in Alltag und Zusammenleben subsidiär nach unten auf die Nachbarschaften übertragen werden, sollen bestimmte Aufgaben im Territorium zentralisiert werden: Sozialversicherungen, Bildungs- und Steuerwesen, Verkehr. P. M. schwebt ein durchaus «schlanker Staat» vor, der aber sowohl die klassischen sozialen als auch die neueren ökologischen Aufgaben wahrnimmt.

Auch wenn Elemente wie die sieben Grossregionen oder die Einheitskrankenkasse nicht gerade brandneu sind, hat das skizzierte Modell durchaus seinen Reiz. Einzelne Aspekte vermögen gar zu überraschen, etwa wenn P. M. fordert, dass die anstelle des heutigen Bildungssystems wirkende «territoriale Akademie» alle zu Akademikern machen soll (S. 74). Oder wenn er mit Verweis auf Manhattan behauptet, grosse Städte seien ökologisch gesehen die «grünste» Lebensform (S. 61).

Zu denken gibt hingegen der Vorschlag, die Zuwanderung auf 15 000 «Gäste» massiv zu beschränken und stattdessen die Hilfe im Herkunftsland zu intensivieren, zumal P. M. in diesem Kontext einen neuen Auftrag für die Armee formuliert: Die Schweiz schulde der Welt 2000 Spitzenkämpfer, die in einer globalen Polizeitruppe nicht bloss Friedenssicherung, sondern Demokratie-Export leisten sollen. In einer reichlich kruden Argumentationslinie schlägt P. M. einen Bogen von Napoleon, welcher der Schweiz die Demokratie aufgezwungen habe, über den Kampf gegen den Nationalsozialismus bis zum Irakkrieg. Spätestens hier offenbaren sich nicht nur historische, sondern auch politische und konzeptionelle Ungereimtheiten von «Neustart Schweiz».

Solche zeigen sich aber auch beim Übergang von der aktuellen zur zukünftigen Gesellschaft. Für den Auf- und Umbau der Nachbarschaften und Basisgemeinden veranschlagt P. M. einen Investitionsbedarf von etwa 100 Mia. Franken. Diese sollen durch einen «New Deal» frei gemacht werden, bei dem die Lohnabhängigen auf 30 Prozent ihres Einkommens verzichten, während Banken, Pharma- und Maschinenindustrie garantieren, «dass der Zusatzprofit [...] nicht in eure Taschen wandert, sondern in einen Neustart-Fonds eingespeist wird, aus dem verbilligte Produkte, weltweite Hilfsprogramme und der Infrastrukturumbau im Inneren finanziert werden» (S. 25). Das aber wäre ein sehr schlechter Deal, denn die Finanzierung des «Neustarts» erfolgte allein zu Lasten der Arbeitnehmenden, das Kapital würde davon komplett entlastet. Ausgerechnet den Bankern und Managern zu vertrauen, dass sie das Geld nicht selbst einsacken, ist im Übrigen angesichts der Finanzkrise mehr als naiv.

Dass P. M. der Verteilungsfrage ausweicht, hat vorab ökologische Gründe, denn er geht davon aus, dass wir in Zukunft mit etwa 20 Prozent des heutigen Energie- und Ressourcenverbrauchs auskommen werden müssen. Der Lohnsenkung um 30 Prozent entspricht denn auch eine Reduktion der Lebensmittelpreise im selben Ausmass dank der erwähnten Gratis-Arbeitseinsätze in den Agrozentren. Auch

die Gratis-Hausarbeit hat zum Zweck, die Lebenshaltung zu verbilligen. Das ist zwar kein blosses Gürtel-enger-schnallen-Programm, aber lassen die nicht entschädigten Arbeitspflichten in Haus und Hof wirklich an eine selbstbestimmtere Zukunft denken? Die Fron gemahnt doch eigentlich eher an vormoderne Zeiten. In der Tat definiert sich P. M. «Alternative zur marktwirtschaftlichen Industriegesellschaft» als «global interne Hauswirtschaft wie auf einem riesigen Bauernhof» oder als «Neue Globale Allmende» (S. 33). Diese Begriffe waren bis zum frühen 18. Jahrhundert konstitutiver Bestandteil des alteuropäischen «Oikos», der in der so genannten «Hausväterliteratur» beschriebenen grundherrschaftlichen Ökonomie. Diese fusste jedoch auf der sozialen Hierarchie der Stände, und es ist nicht zu sehen, wie sie mit der modernen Demokratie, die Gleichheit voraussetzt, kompatibel gemacht werden könnte.

P. M. liefert zwar zukunftsweisende Ansätze zur Demokratisierung der Wirtschaft, aber diese gehen mit dem zugrunde liegenden konservativen Oikos-Modell eine seltsam anmutende Verbindung ein, «Neustart Schweiz» erscheint übers Ganze gesehen als politische «Bricolage», als ein Gebastel, das in mancher Hinsicht an kommunitaristische Ideen erinnert. Es besteht deshalb das Risiko, dass er nicht wie beabsichtigt «zurück in die Zukunft», sondern vielmehr «vorwärts in die Vergangenheit» führt.